



Tigray, Äthiopien: Ein Mitarbeiter des von IRC geleiteten GAVI-REACH-Projekts versorgt Kinder mit lebensrettenden Impfungen. Foto: Martha Tadesse/IRC

IRC Emergency Watchlist 2026 – Eine Neue Welt(un)ordnung

Seit über einem Jahrzehnt dient die Emergency Watchlist International Rescue Committee (IRC) zur jährlichen Bewertung der 20 Länder, die am stärksten von neuen oder sich verschärfenden humanitären Notlagen bedroht sind. Der Bericht stützt sich auf einen analytischen Prozess, der 74 quantitative und qualitative Variablen einbezieht sowie qualitative Erkenntnisse aus der Arbeit von IRC in mehr als 40 Ländern. Jedes Jahr ermöglicht diese Methodik IRC, 85–95 % jener Länder korrekt zu identifizieren, die dann im folgenden Jahr die schwerste humanitäre Verschlechterung erleben.

Top-10 Watchlist-Länder	Weitere Watchlist-Länder (ohne Ranking)
1. Sudan	• Afghanistan
2. Das besetzte Palästinensische Gebiet	• Kamerun
3. Südsudan	• Tschad
4. Äthiopien	• Kolumbien
5. Haiti	• Niger
6. Myanmar	• Nigeria
7. Demokratische Republik Kongo (DRK)	• Somalia
8. Mali	• Syrien
9. Burkina Faso	• Ukraine
10. Libanon	• Jemen

Die weltweite humanitäre Lage hat sich 2025 weiter dramatisch verschärft. Millionen von Menschen sind mit katastrophaler Ernährungsunsicherheit, nahezu historischen Höchstständen an Vertreibung und einer wachsenden Zahl aktiver bewaffneter Konflikte konfrontiert. **Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg gab es so viele aktive bewaffnete Konflikte - weltweit lebt heute jede achte Person in einem von Gewalt betroffenen Gebiet.** Das Problem sind nicht neue bewaffnete Konflikte, sondern dass immer weniger enden. Friedensabkommen, die substanzielle Lösungen anstreben, sind stark rückläufig. Gleichzeitig werden bewaffnete Konflikte zunehmend internationalisiert. Selbst innerstaatliche Konflikte, wie in Sudan oder Myanmar, sind eingebettet in internationale Waffen-, Finanz- und Rohstoffnetzwerke. Neue Technologien – insbesondere **waffentragende Drohnen**, die mittlerweile fast in allen Watchlist-Ländern eingesetzt werden – erhöhen die Gefährdung der Zivilbevölkerung.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache:

- Laut UN benötigen 2026 über 239 Millionen Menschen humanitäre Hilfe – das entspricht **einer von 34 Personen** weltweit.

- Während nur **12 Prozent** der Weltbevölkerung in den 20 Ländern der Emergency Watchlist leben, konzentrieren sich dort **89 Prozent** aller Menschen in humanitärer Not und **80 Prozent** der Vertriebenen.
- **Obwohl global ein Rückgang zu verzeichnen ist, wächst extreme Armut in den Watchlist-Ländern.** Bis 2029 werden sie über die Hälfte, der von extremer Armut betroffenen Menschen weltweit stellen.

Eine Neue Welt(un)ordnung

Diese Entwicklungen spiegeln tiefgreifende geopolitische Verschiebungen wider, welche die regelbasierte internationale Weltordnung der Nachkriegszeit zunehmend aushöhlen. Auch das bisherige internationale System hatte negative Auswirkungen auf Menschen in krisenbetroffenen Regionen. Die **neue Welt(un)ordnung**, die wir aktuell erleben, verschärft bestehende Ungleichheiten weiter. Folgende drei Verschiebungen sind wichtig:

1. **Mehr Rivalen, mehr Risiken:** Neben Staaten mit globaler Wirkungsmacht wie den USA, China und Russland drängen immer mehr regionale Mächte – etwa die Türkei, die Vereinigte Arabische Emirate, Katar oder Saudi-Arabien – auf Einfluss. Dies schafft ein unübersichtliches Machtgefüge mit mehr Rivalität und weniger Kooperation.
2. **Kurzfristige Partnerschaften:** Langfristige Allianzen weichen kurzfristigen, transaktionalen Beziehungen. Staaten, lokale Eliten und bewaffnete Gruppen können sich auf einem „Marktplatz der Einflussnehmenden“ jene Partner suchen, die Waffen, Geld oder politischen Schutz bieten – unabhängig von deren Rolle in Menschenrechts- oder Friedensprozessen.
3. **Deal-Making statt globaler Regeln:** Internationale Zusammenarbeit wird zunehmend durch kurzfristige Interessen und machtbasierte Absprachen ersetzt. Im UN-Sicherheitsrat zeigt sich dies deutlich: Zwischen 2016 und 2025 wurden **49 Vetos** eingelegt – über doppelt so viele wie im Jahrzehnt davor.

Für Frauen und Kinder bedeutet dies besondere Risiken. Zwischen 2022 und 2024 gab es einen dokumentierten Anstieg der konfliktbezogenen sexualisierten Gewalt **von 87 Prozent**. Angriffe auf Schulen stiegen zwischen 2024 und 2025 um **44 Prozent**. Gleichzeitig breiten sich vermeidbare Krankheiten wieder aus, da Gesundheitssysteme zusammenbrechen und Länder **extreme Klimaschocks** erleben, auf diese sie nicht vorbereitet sind. Zudem waren 2025 117,3 Millionen Menschen weltweit vertrieben, **vier von fünf aufgrund von bewaffneten Konflikten und Gewalt**.

Die Not wächst, doch lebensrettende Hilfe und Unterstützung für den Wiederaufbau erreichen Menschen immer weniger:

- **Kürzungen für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit:** Die größten OECD-DAC-Geber reduzierten ihre humanitären Budgets 2025 um **31,1 Milliarden US-Dollar**, insbesondere die USA und Deutschland. Die Folgen sind tödlich: Für 2025 werden **1,8 Millionen zusätzliche Todesfälle** prognostiziert, darunter **700.000 Kinder unter fünf Jahren**. Die Kürzungen treffen fragile und konfliktbetroffene Länder besonders hart. Bereits zuvor ging nur **ein Viertel** der gesamten Finanzierung in diese Länder, obwohl dort **50 Prozent** der von extremer Armut betroffenen Menschen leben.
- **Humanitärer Zugang wird eingeschränkt und politisiert:** In mindestens **36 Ländern** waren 2024–2025 scharfe Einschnitte des humanitären Zugangs zu beobachten. Der Missbrauch von humanitärem Zugang als Kriegsinstrument wird zunehmend zur Norm, besonders deutlich im Gazastreifen.

- **Konfliktökonomien werden zunehmend professionalisiert:** In Ländern wie Sudan oder der DR Kongo kämpfen bewaffnete Gruppen um Goldminen, Schmuggelrouten oder Mineralien. Externe Akteure befeuern diese Netzwerke durch Waffenhandel und Ressourcenkooperationen – bewaffneter Konflikt wird profitabel. Diese Strukturen treiben Gemeinschaften in Armut, Ausbeutung und Gewalt. Das Risiko von sexueller Ausbeutung von Frauen und Mädchen steigt, beispielsweise in Bergbauregionen.

Die Emergency Watchlist 2026 macht deutlich: Wir stehen vor menschlicher Not historischen Ausmaßes und die Systeme, die für ihre Unterstützung gedacht sind, greifen nicht mehr. Vielmehr belohnt die Neue Welt(un)ordnung kurzfristige Machtlogik und untergräbt internationalen Schutz, während Millionen Menschen um ihr Überleben kämpfen. Umso wichtiger ist es, Menschen in betroffenen Ländern zu schützen, humanitäre Grundsätze zu verteidigen und eine internationale Ordnung zu stärken, die es Gemeinschaften ermöglicht, ihr Überleben zu sichern und ihre Existenz wieder aufzubauen.

IRC formuliert daher zehn Handlungsempfehlungen, die politisches Handeln im Jahr 2026 leiten sollten.

Humanitäre Diplomatie und menschliche Sicherheit als Leitfaden deutscher Außenpolitik

Die deutsche Bundesregierung sollte:

1) Gemeinsam mit der EU eine führende Rolle in diplomatischen Friedensinitiativen übernehmen und diese mit neuen einflussreichen Regionalmächten abstimmen. Angesichts fragmentierter globaler Machtverhältnisse müssen Friedensprozesse von starrer, staatenzentrierter Diplomatie zu kreativeren, breiteren Koalitionen übergehen. Die Bundesregierung sollte die Rolle neuer einflussreicher Akteure – darunter die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate und China – in allen diplomatischen Initiativen berücksichtigen und ggf. einbeziehen, da diese in bewaffneten Konflikten sowohl befeuernd als auch vermittelnd wirken können. Um internationale Normen zu stärken, sollte Deutschland gemeinsam mit willigen und einflussreichen Staaten Friedensinitiativen voranbringen, den Schutz der Zivilbevölkerung verankern und verhindern, dass Konfliktparteien sich nur auf den für sie günstigsten Prozess einlassen. Bei einer erfolgreichen Kandidatur für den UN-Sicherheitsrat sollte die Bundesregierung neben europäischen Bündnissen gezielt Partnerschaften mit nicht-ständigen Mitgliedern aus dem Globalen Süden eingehen. Ein Schwerpunkt sollte auch die von Frankreich vorgeschlagene Initiative sein, das Vetorecht bei Massengräueltaten auszusetzen.

2) Alle verfügbaren Mittel nutzen, um die Einhaltung des humanitären Völkerrechts durchzusetzen. Die Straflosigkeit bei Verstößen gegen das Völkerrecht nimmt zu, ebenso unverhohlene Angriffe auf die regelbasierte internationale Ordnung. Bei Risiken für Verletzungen des humanitären Völkerrechts sollte Deutschland Waffenexporte aussetzen. Zudem sollte die Bundesregierung sicherstellen, dass der Internationale Gerichtshof, der Internationale Strafgerichtshof und UN-Fact-Finding-Missions unabhängig arbeiten können. Kriegsparteien sollten unmissverständlich vermittelt werden, dass Verstöße gegen internationales Recht klare Konsequenzen haben. Deutschlands Glaubwürdigkeit wird hierbei derzeit insbesondere im Nahen Osten getestet.

3) Ihre Expertise und ihr Engagement in der humanitären Diplomatie ausbauen. Humanitäre Diplomatie sollte als ressortübergreifender Ansatz verstanden werden, bei dem humanitäre Ziele auch in Sicherheits- und Wirtschaftspolitik einfließen. Gleichzeitig muss gewährleistet bleiben, dass humanitäre Hilfe nicht politisiert wird und der Grundsatz menschlicher Sicherheit handlungsleitend ist – auch im Nationalen Sicherheitsrat. Dies sollte auch in der Strukturreform des Auswärtigen Amts berücksichtigt werden, mit einer

klaren Verankerung humanitärer Expertise und humanitärer Diplomatie. Die Stärkung der Auslandsvertretungen ist zu begrüßen, muss in Krisenkontexten aber gezielt mit humanitärer Kompetenz unterlegt werden, einschließlich zusätzlicher Schulungen für das Personal. Zudem sollte sich das Auswärtige Amt eng mit humanitären NGOs abstimmen und deren Zugangs- und Umsetzungskapazitäten finanziell stärken.

4) Konfliktökonomien in allen bewaffneten Konflikten auf Basis einer systematischen Analyse entgegenwirken. Frieden muss wieder profitabler werden als Krieg. Grundlage jeder diplomatischen Initiative sollte eine Analyse der Akteure sein, die von Gewalt profitieren. Um Konflikte zu lösen, die durch lukrative Kriegsökonomien angetrieben werden, sollte die Bundesregierung ihren Fokus über rein politische Prozesse hinaus erweitern und die Auflösung illegaler Netzwerke in den Blick nehmen, die Gewalt finanzieren. Über internationale und regionale Gremien wie die Financial Action Task Force (FATF), die EU-Liste „Hochrisiko-Drittländer“ und MONEYVAL sollte die Bundesregierung systematisch Druck auf Staaten ausüben, die Geldwäsche für „Konfliktrohstoffe“ und andere illegale Güter erleichtern.

Stärkung der Zivilgesellschaft, Geschlechtergerechtigkeit und Klimaresilienz

Die deutsche Bundesregierung sollte:

5) Die Zivilbevölkerung bestmöglich unterstützen und die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ stärken. Alle Maßnahmen sollten berücksichtigen, welche Gruppen in bewaffneten Konflikten und fragilen Kontexten besonderen Risiken ausgesetzt sind. Das Auswärtige Amt und das BMZ sollten die Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen, insbesondere frauengeführten und Frauenrechtsorganisationen, intensivieren und ihre Finanzierung sichern. Sie müssen in die Planung, Umsetzung und Evaluierung von Programmen eingebunden werden, damit Programme tatsächliche Bedarfe adressieren und nachhaltig wirken. Gerade in Kontexten mit Kriegsökonomien sollten alternative Lebensgrundlagen durch Startkapital, Kompetenztrainings und marktorientierte Maßnahmen gefördert werden. Dabei sollten die besonderen Schutzrisiken und ökonomischen Rollen von Frauen berücksichtigt werden. Das Auswärtige Amt sollte gemeinsam mit anderen Ressorts die Entwicklung des nächsten Nationalen Aktionsplans (NAP) zur Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ vorantreiben und eine ambitionierte Umsetzung sicherstellen. Die systematische Einbeziehung der Zivilgesellschaft ist dabei entscheidend.

6) Widerstandskraft gegen Klimaschocks aufbauen. Die Bundesregierung sollte ihre Klimafinanzierung erhöhen und sicherstellen, dass ein bedeutender Teil in fragile und konfliktbetroffene Staaten fließt, die am stärksten gefährdet, aber am wenigsten unterstützt werden. Diese Staaten sollten 19% aller Klimaanpassungsfinanzierung erhalten, die für einkommensschwache Länder vorgesehen ist. Zudem sollten diese Länder bei der Entwicklung und Umsetzung ambitionierter nationaler Anpassungspläne (NAPs), welche lokale Bedarfe berücksichtigen, unterstützt werden. Deutschland ist ein zentraler Geber der *Global Shield Against Climate Risks* – einer Initiative zur Ausweitung vorab vereinbarter Finanzierung – und das erste Land, das 5% seines humanitären Budgets für vorausschauende Maßnahmen bereitstellt. Das Auswärtige Amt sollte seine Führungsrolle in der vorausschauenden humanitären Hilfe (*anticipatory action*) ausbauen, insbesondere in konfliktbetroffenen Regionen, in denen Klimaanpassung derzeit massiv unterfinanziert ist.

Unterstützung für die am stärksten betroffenen Menschen sicherstellen

Die deutsche Bundesregierung sollte:

7) Finanzielle Unterstützung dort investieren, wo sie am dringendsten gebraucht wird. In Zeiten sinkender Mittel ist die Priorisierung öffentlicher Entwicklungsfinanzierung (ODA) wichtiger denn je. Unter Berücksichtigung von Armutsniveaus, Eigenfinanzierungsfähigkeit und Absorptionskapazität schätzt IRC, dass fragile und konfliktbetroffene Staaten mindestens 60% aller ODA-Mittel erhalten sollten - und Watchlist-Länder mindestens 30%, also doppelt so viel wie 2023 (ohne Ukraine). Ein zentrales Instrument hierfür ist die Übergangshilfe des BMZ, um diese Staaten auch über humanitäre Hilfe hinaus zu unterstützen. Zudem sollte das Auswärtige Amt Reformprozesse unter dem *Grand Bargain* vorantreiben. Angesichts knapper Ressourcen und Kürzungen, die langfristige Planung erschweren, ist die Erneuerung der Verpflichtung zu qualitativ hochwertiger, flexibel einsetzbarer mehrjähriger Finanzierung wichtiger denn je. Um die Hilfe an wachsende Bedarfe anzupassen, braucht es zusätzliche Finanzierung durch die Ausweitung der Geberbasis auf wohlhabende Länder außerhalb Europas.

8) In bewährte, wirkungsstarke Lösungen investieren. Um die Wirkung jedes eingesetzten Euros zu maximieren, sollte internationale Hilfe stärker auf die Skalierung bewährter, kosteneffektiver Ansätze setzen - etwa Bargeldhilfen und präventive Gesundheitsmaßnahmen. Das Auswärtige Amt und das BMZ sollten daher den Einsatz von Bargeld- und Gutscheinhilfe ausweiten. Trotz ihrer erwiesenen Effektivität, Würde und Kosteneffizienz ist ihr Anteil an humanitärer Hilfe seit 2022 (23,9%) gesunken und dürfte weiter sinken. Zudem sollte die Bundesregierung stärker in präventive Maßnahmen investieren (etwa in routinemäßige Impfungen), die deutlich kosteneffizienter sind als spätere Notfallmaßnahmen.

9) Umsetzungspartnerschaften der Weltbank transformieren und bessere Risikoteilung für lokale Partnerorganisationen voranbringen. Das BMZ sollte sich innerhalb der Weltbank dafür einsetzen, Finanzierung stärker über Regierungen hinaus auf zivilgesellschaftliche Organisationen auszuweiten, die häufig besser in der Lage sind, Menschen in Konfliktgebieten oder Regionen außerhalb staatlicher Kontrolle zu erreichen. Zudem sollte sich das Auswärtige Amt für eine faire finanzielle und operative Risikoteilung zugunsten lokaler Partner einsetzen. Obwohl der UN-geführte Humanitarian Reset Lokalisierung als Priorität hervorhebt, bestehen weiterhin strukturelle Barrieren, die eine echte Verlagerung hin zu lokal geführter Hilfe verhindern. Das Auswärtige Amt und BMZ sollten prüfen, welche Pool-Finanzierungsmodelle (UN-geführte Fonds, lokal geführte Fonds, feministische Fonds) effektiv unterschiedliche Arten lokaler Organisationen erreichen. Während UN-geführte Mechanismen große Mittelvolumen aufnehmen und verteilen können, sind sie oft für marginalisierte Akteure schwer zugänglich. Lokal geführte Fonds und feministische Fonds, die frauengeführte Organisationen priorisieren, sowie von NGOs verwaltete Fonds schaffen hingegen leichteren Zugang.

Die Rechte von Geflüchteten schützen

Die deutsche Bundesregierung sollte:

10) Sichere, faire und effiziente Aufnahmewege aufrecht halten. Seit 75 Jahren schützt die Genfer Flüchtlingskonvention Menschen, die vor Verfolgung fliehen. Doch ihre Prinzipien geraten zunehmend unter Druck, auch in Europa. Die Entscheidung der US-Regierung, sich von ihren Verpflichtungen im Schutz von Geflüchteten zurückzuziehen, sollte kein Vorbild für andere Staaten sein. Deutschland spielt eine Schlüsselrolle bei der Verteidigung des Rechts auf Asyl und der Verhinderung von menschenrechtswidrigen Rückführungen in unsichere Drittstaaten. Regionale Ansätze wie die 2024 verabschiedete Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) können die Chance bieten, Verantwortung bei der

Aufnahme von Geflüchteten zu teilen und Verfahren zu beschleunigen. Dafür müssen sie fair und effizient umgesetzt werden, um Schutz und Ordnung zu gewährleisten. Nur so werden die Rechte der Genfer Flüchtlingskonvention eingelöst, und nicht ausgehöhlt.

Programme wie Resettlement, humanitäre Aufnahme und Familienzusammenführung retten Leben und verhindern gefährliche Fluchtrouten. Dass Resettlementzusagen drastisch zurückgehen, sichere Zugangswege nach Deutschland ausgesetzt werden, darunter der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte und die Beendigung von Landesaufnahmeprogrammen sollten rückgängig gemacht werden. Zudem müssen alle Aufnahmeverfahren des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan bearbeitet und Aufnahmezusagen eingehalten werden. Deutschland sollte bei der Umsetzung des EU-Resettlement-Rahmen und des EU Solidaritätsmechanismus vorangehen.

Die Verknüpfung von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Migrationskontrolle untergräbt die Ziele dieser Instrumente und verschiebt die Zielsetzung weg davon, Hilfe dort zu leisten, wo sie am dringendsten benötigt wird. Modelle für Drittstaatenabkommen, wie das UK–Ruanda-Abkommen, oder das Italien–Albanien-Abkommen sind ineffektiv, kostspielig, haben zu erheblichen Menschenrechtsverletzungen geführt und kaum Einfluss auf Migrationsentscheidungen der Schutzsuchenden. Die Bundesregierung sollte sich klar gegen solche Ansätze positionieren, anstatt gemeinsam mit Griechenland ähnliche Abkommen mit afrikanischen Staaten zu planen, deren Wirksamkeit widerlegt ist. Stattdessen braucht es Investitionen für Integration und Schutz.



KONTAKT

International Rescue Committee (IRC) Deutschland gGmbH

Wattstraße 11

13355 Berlin

Deutschland

Ansprechpartnerin:

Helena Lüer, Senior Advocacy Adviser (helena.lueer@rescue.org)

International Rescue Committee (IRC) ist eine internationale Hilfsorganisation, die 1933 auf Anregung von Albert Einstein gegründet wurde. Seitdem unterstützt IRC in über 40 Ländern weltweit Menschen, die von Konflikten oder Naturkatastrophen betroffen sind. Seit 2016 ist IRC in Deutschland präsent. Mehr als 200 Mitarbeitende engagieren sich mit Unterstützung deutscher, europäischer und internationaler Geber in Projekten für krisenbetroffene Menschen. IRC führt bundesweit Programme zur Integration schutzsuchender Menschen in den Bereichen Bildung, Beruf & Orientierung, Schutz & Teilhabe sowie Schutz & Rechtsberatung durch.